

Forderungspapier Gesamtprogramm Sprache

Aufgrund des demographischen Wandels ist Deutschland mit einem immer stärkeren Fachkräftemangel konfrontiert. Prognosen zufolge könnten bis 2035 bis zu 7 Millionen Arbeitskräfte fehlen. Diese Lücke ist ohne ausländische Fachkräfte nicht mehr zu schließen.

Deutschland verfügt über ein etabliertes und bewährtes System zur gesellschaftlichen und beruflichen Integration Zugewanderter. Die Erwerbstätigenquote von 70 Prozent der zugewanderten Personen zeugt auch im internationalen Vergleich vom Erfolg dieses Systems. Einen wesentlichen Beitrag dazu leisten die Integrations- und Berufssprachkurse. Sie sind das Fundament für sprachliche Teilhabe, gesellschaftliche Integration und berufliche Perspektiven.

Doch dieses Fundament gerät immer mehr ins Wanken. Trotz ihrer essenziellen Bedeutung für den Arbeitsmarkt und den sozialen Zusammenhalt stehen Integrations- und Berufssprachkurse finanziell dauerhaft unter Druck. Die neue Regierung muss deshalb bereits mit dem Haushalt 2026 klare Signale setzen:

Das Gesamtprogramm Sprache (GPS) benötigt endlich eine dauerhafte, auskömmliche und planbare Finanzierung. Andernfalls droht nicht nur eine verzögerte Arbeitsaufnahme der Zielgruppe, sondern auch der schleichende Abbau eines Systems, das für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands von entscheidender Bedeutung ist.

Obwohl die Nachfrage nach Integrations- und Berufssprachkursen ungebrochen hoch ist, werden die Mittel nicht angepasst. Auch der Kostenerstattungssatz wurde seit drei Jahren nicht erhöht. Damit bleibt **die Finanzierung weit hinter der tatsächlichen Kostenentwicklung zurück.**

Für viele Bildungseinrichtungen, die langfristig in Personal, Qualitätssicherung und Infrastruktur investiert haben, entsteht eine wirtschaftlich nicht mehr tragfähige Situation. Träger arbeiten an der Belastungsgrenze. Eine strategische Weiterentwicklung oder Spezialisierung der Kurse, etwa im Bereich berufsbezogener Sprachförderung, kann nicht stattfinden.

Auch für Lehrkräfte hat die Unterfinanzierung des Gesamtprogramms Sprache gravierende Folgen. Viele qualifizierte Kursleitungen wenden sich von der Lehrtätigkeit in Integrations- und Berufssprachkursen ab, weil diese unter den aktuellen Rahmenbedingungen keine Perspektiven bietet. Die Honorare/Gehälter und Vertragsbedingungen stehen in keinem Verhältnis zu den hohen Qualitätsanforderungen an den Unterricht. **Träger können jedoch keine fairen Arbeitsbedingungen schaffen, solange sie selbst strukturell unterfinanziert sind.**

Mangels finanzieller Mittel müssen Träger Lehrkräfte entlassen, Verwaltungskräfte in Kurzarbeit schicken und angemietete Räume aufgeben. Diese Entwicklung bedroht nicht nur Existenzen, sondern auch die über Jahre aufgebauten, flächendeckenden Bildungsstrukturen. Diese lassen sich, wenn sie einmal verloren gegangen sind, nicht kurzfristig wiederherstellen.

Für hunderttausende Menschen mit Migrationsbiografie bedeutet die Unterfinanzierung des Gesamtprogramms Sprache, dass sie keine adäquate sprachliche Bildung mehr erhalten. Es besteht keine Möglichkeit mehr, Teile des Integrationskurses zu wiederholen. Kurstypen werden ausgesetzt, unter anderem der Berufssprachkurs B1.

Vielen Teilnehmenden, die im Integrationskurs das Sprachniveau A2 erreichen, bleibt somit das für qualifizierte Tätigkeiten unabdingbare Sprachniveau B1 vorenthalten. Die Folgen für zugewanderte Personen in Beruf und Ausbildung sind gravierend.

Deshalb ist ein Systemwechsel in der Finanzierung des Gesamtprogramms Sprache dringend notwendig.

Die Bundesregierung hat jetzt die Gelegenheit, eine richtungsweisende Entscheidung zu treffen. **Eine dauerhafte und auskömmliche Finanzierung des Gesamtprogramms Sprache wäre nicht nur ein starkes politisches Signal für Integration und Bildung, sondern auch ein bedeutender Schritt zur Sicherung des gesellschaftlichen Friedens sowie der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands.** Träger und Lehrkräfte sind tragende Säulen der Integration Zugewanderter. Sie brauchen endlich Verlässlichkeit, Perspektiven und Planungssicherheit durch einen verbindlichen Finanzrahmen über mehrere Haushaltsjahre.

Wir fordern:

- eine dauerhafte und auskömmliche Finanzierung des Gesamtprogramms Sprache
- eine bedarfsgerechte Erhöhung des Kostenerstattungssatzes sowie dessen regelmäßige Anpassung an die tatsächliche Kostenentwicklung
- grundlegende Verwaltungsvereinfachungen und eine verlässliche Einhaltung des Zahlungsziels von 30 Tagen für durchgeführte Kurse
- Planungssicherheit für Sprachkursträger und Lehrkräfte
- gegenüber dem Schuldienst wettbewerbsfähige Einkommen und Arbeitsbedingungen, die dem Qualifikationsniveau der Lehrkräfte entsprechen
- zusätzliche Mittel zur digitalen Qualifizierung von Lehrkräften sowie für die digitale Ausstattung der Träger
- einen Anspruch auf adäquate Sprachförderung für alle zugewanderten Menschen
- mehr Gestaltungsspielraum für Träger und Lehrkräfte, um den Lernweg der Teilnehmenden flexibler und individueller zu gestalten – auch mit digitalen Lernsettings

